

Gericht

Verwaltungsgerichtshof

Entscheidungsdatum

22.10.1990

Geschäftszahl

90/10/0016

Rechtssatz

Ob durch die Objekte eine "Störung" des Landschaftsbildes im betroffenen Uferabschnitt hervorgerufen wird, ist in einem Verfahren gem § 39 Abs 1 und 4 OÖ NatSchG nicht zu beurteilen; desgleichen ist eine nähere Aussage über das jeweilige Ausmaß der Eingriffswirkung noch nicht zu treffen. Diese Fragen wären erst in einem allfälligen Feststellungsverfahren gemäß § 5 Abs 1 OÖ NatSchG zu prüfen (Hinweis E 19.11.1962, 1583/61).